

„Solidarität mit Griechenland“ -

das ist es, was die Jahreshauptversammlung der Vereinigung-Deutsch-Ausländische-Solidarität am 10.2.2015 in Rüsselsheim forderte !

Aber es ist nicht dasselbe, was Frau Merkel unter Solidarität versteht, die – wie zum Hohn für den neuen griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras und seinen Finanzminister Janis Varoufakis – erneut bekräftigte, was sie mit diesem Wort verbindet : Brutalst mögliches Spardiktat, rigoroser Sozialabbau, Einkommenskürzungen für die Bevölkerung, Zusammenarbeit mit der so genannten Troika, den neuen Kolonialherren von Griechenland – nur dann gibt es neues Geld, das den Schuldenberg weiter vergrößert, ohne dass wirklich in den Aufbau der Wirtschaft und der Beschäftigung investiert werden kann...

Die neue griechische Regierung setzt dagegen auf ein Reformprogramm, das diesen Namen tatsächlich verdient. Es bedeutet, dass zunächst die Einnahmen des Staates durch eine konsequente Heranziehung der Reichen und Superreichen, durch ein effektives Besteuerungsverfahren erhöht werden, sodass Investitionen ermöglicht werden und die Wirtschaft gestärkt wird, wodurch Arbeitsplätze entstehen. Die Höhe des Schuldendienstes für die griechischen Schulden muss abhängig sein von der effektiven Wirtschaftsleistung des Landes, der Höhe der Steuereinnahmen usw. Im übrigen wird ein „Schuldenschnitt“ unausweichlich sein, weil nach Meinung aller Experten Griechenland auch in hundert Jahren die Schulden in ihrer Gesamtheit nicht zurückzahlen können. Wichtig ist, festzuhalten, dass die Masse der griechischen Bevölkerung die Entstehung dieser enormen Schuldenlast nicht zu verantworten hat.

Das seriöse Reformprogramm der griechischen Regierung braucht Zeit.

Wir fordern die Bundesregierung und die EU auf, der griechischen Regierung beim Start des Reformprogramms entgegen zu kommen, eine Übergangsfrist zu gewähren, während der die Gesamtproblematik fair und auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Partner verhandelt wird.

Wir fordern ferner die Bundesregierung auf, mit der griechischen Regierung Verhandlungen über die Regelung deutscher „Altschulden“ aus dem zweiten Weltkrieg aufzunehmen.

Wir fordern zum wiederholten Mal von der Bundesregierung und der EU die Überprüfung und Änderung der Dublin III – Regelung, wonach den „Randstaaten“ der EU, also auch Griechenland, die Hauptlast der Flüchtlingsaufnahme aufgebürdet wird. In einem Verteilungsverfahren müssten die an den Grenzen der EU ankommenden Flüchtlinge auf alle EU-Staaten entsprechend ihrer Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft verteilt werden.

www.vereinigung-deutsch-auslaendische-solidaritaet.de
vdas@gmx.de